

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Steenblock, Winfried Nachtwei,
Alexander Bonde, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/9103 –**

Die Zeitbombe der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee entschärfen

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden:

- Als Mitglied des OSPAR-Abkommens den Abkommensforderungen so schnell wie möglich nachzukommen.
- Auf Grundlage des Datenmaterials schnellstmöglich eine umfassende Studie über Gefährdungspotenziale für Menschen und das Meeresökosystem vorzulegen und schnellstmöglich für Menschen und Umwelt verträgliche Sicherungs- und Bergungsmaßnahmen zu prüfen.
- Transparenz und Regelungen zu schaffen sowie alle Informationen über Unfallstatistiken, Munitionsverdachtsflächen, topographische Daten lokalisierter Munitionsfunde sowie Bergungs- und Entsorgungsmaßnahmen und -kosten öffentlich zugänglich zu machen.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP
gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/9103 abzulehnen.

Berlin, den 25. März 2009

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Petra Bierwirth
Vorsitzende

Ingbert Liebing
Berichterstatter

Martin Burkert
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Lutz Heilmann
Berichterstatter

Sylvia Kotting-Uhl
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Ingbert Liebing, Martin Burkert, Dr. Christel Happach-Kasan, Lutz Heilmann und Sylvia Kotting-Uhl

I. Überweisung

Der Antrag auf Drucksache 16/9103 wurde in der 179. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. September 2008 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Tourismus sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden:

- Als Mitglied des OSPAR-Abkommens den Abkommensforderungen so schnell wie möglich nachzukommen.
- Auf Grundlage des Datenmaterials schnellstmöglich eine umfassende Studie über Gefährdungspotenziale für Menschen und das Meeresökosystem vorzulegen und schnellstmöglich für Menschen und Umwelt verträgliche Sicherungs- und Bergungsmaßnahmen zu prüfen.
- Transparenz und Regelungen zu schaffen sowie alle Informationen über Unfallstatistiken, Munitionsverdachtsflächen, topographische Daten lokalisierter Munitionsfunde sowie Bergungs- und Entsorgungsmaßnahmen und -kosten öffentlich zugänglich zu machen.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP den Antrag auf Drucksache 16/9103 abgelehnt.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag auf Drucksache 16/9103 abgelehnt.

Der **Verteidigungsausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag auf Drucksache 16/9103 abgelehnt.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag auf Drucksache 16/9103 abgelehnt.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag auf Drucksache 16/9103 abgelehnt.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag auf Drucksache 16/9103 abgelehnt.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 16/9103 in seiner 75. Sitzung am 12. November 2008 beraten und in seiner 87. Sitzung am 25. März 2009 abgeschlossen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, hinsichtlich der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee bestehe Handlungsbedarf. Die Sachverhaltsdarstellung im Antrag stelle aber eine nicht zu akzeptierende Dramatisierung dieses Themas dar. Es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, als ob in Nord- und Ostsee täglich Granaten an die Strände schwämmen und die Ostsee voller Munition sei. Einige Forderungen schössen über das Ziel hinaus, z. B. die Forderung nach einer Vielzahl von gesetzlichen Regelungen und Meldepflichten. Andere Forderungen wiederum seien längst überholt. Die geforderte Eintragung aller bekannten Munitionsflächen in die amtlichen Seekarten sei erledigt. Außerdem könne nur Bekanntes in amtlichen Seekarten eingetragen werden. Das, was bekannt sei, werde durch das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie aktualisiert. Es gebe keinen Bereich in der Ostsee, bei dem die Kenntnisse über Munitionsaltlasten und den Boden an der Ostsee so intensiv untersucht worden seien, wie bei den möglichen Trassen der Ostseepipeline. Ein Unternehmen würde wegen des Risikos nicht leichtfertig eine Pipeline in Munitionsaltlastverdachtsflächen verlegen. Bereits 1999 seien Ergebnisse einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe vorgelegt worden. In Einzelfällen sei es nicht sinnvoll, Munitionsreste zu bergen, weil hierdurch größere Gefahren entstehen könnten, insbesondere dann, wenn Schadstoffe freigesetzt werden, die über einen längeren Zeitraum hinweg unproblematisch abgebaut werden könnten. Seit Herbst 2008 arbeite eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Federführung des Landes Schleswig-Holstein und der Beteiligung der Wasserschifffahrtsverwaltung, der Marine sowie des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie. Diese Arbeitsgruppe arbeite an der Aktualisierung des Lagebildes, prüfe auch die Einrichtung einer zentralen Munitionsdatenbank und beschäftige sich mit einem besseren Informationsaustausch, auch über Munitionsunfälle. Bisher gebe es keine zentrale Erfassung. Ferner gehe es auch um eine gemeinsame Bewertung der Belastungssituation und um einen Verfahrensvorschlag für den künftigen Umgang mit Munitionsaltlasten. Die ersten Zwischenergebnisse dieser Arbeitsgruppe seien abzuwarten, um auf deren Grundlage zu entscheiden, was auf Bundesebene an weiteren Aktionen sinnvoll sei. Zur Bergung gebe es neue innovative Ansätze, z. B. mit dem Blasenvorhang, um Druckbelastungen zu verhindern.

Die **Fraktion der SPD** hob hervor, es sei seit mehr als 60 Jahren bekannt, dass sich in Nord- und Ostsee gefährliches Sprengstoffmaterial befinde. Die SPD-Fraktion hätte es begrüßt, wenn eine Verständigung zwischen den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU/CSU zwecks Verabschiedung eines fraktionsübergreifenden Antrags erzielt worden wäre. Bis zum heutigen Zeitpunkt lägen keine verlässlichen Schätzungen darüber vor, wie viele Minen, wie viele Torpedos, Sprengköpfe, Bomben, Giftgas und Granaten sich in Küstennähe auf dem Meeresboden befänden. Viele im Antrag aufgeführten Forderungen seien entweder überholt oder als reiner Aktionismus bzw. Panikmache zu werten. Unter anderem werde mit dem Antrag gefordert, dass Deutschland als Mitglied des OSPAR-Abkommens den Abkommensforderungen so schnell wie möglich nachkommen solle. Deutschland sei diesen Verpflichtungen nachgekommen. Die Abfrage und Bewertung hierzu erfolge im Abstand von drei Jahren. Zuletzt sei sie in 2009 erfolgt, unter anderem als Beitrag zu einer Bewertung im Rahmen des OSPRA-Qualitätszustandsberichts für das Jahr 2010. Die Forderung, eine gesetzliche Meldepflicht für alle Unfälle mit Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee und an den Stränden einzuführen und eine umfassende Unfallstatistik vorzulegen, liege in der Verantwortung der Länder. Nach bisherigem Stand der Untersuchungen bestehe keine

unmittelbare Gefahr für die Menschen, die Meeresumwelt oder die Küstenregion. Informationen seien im Übrigen auch öffentlich zugänglich. Alle gefährlichen Gebiete seien in den C-Karten vermerkt. In amtlichen Seekarten seien im deutschen Teil der Ostsee z. B. 13 Gebiete als Munitionsgebiete eingezeichnet. Die Bundesmarine sei angewiesen, die zuständigen Stellen kontinuierlich über Munition und Kampfmittel zu informieren. Nach allen vorliegenden Berichten sei zumindest hinsichtlich der Munitionsaltlasten keine größere Gefährdung in Relation zur gesamten Schadstoffbelastung zu erwarten. Verwiesen werde auf die Antwort der Bundesregierung auf Drucksache 16/353 „Munitionsaltlasten in der Ostsee“.

Die **Fraktion der FDP** machte deutlich, dass aus ihrer Sicht der Antrag zu spät eingebracht worden sei. 2007 habe die Ostseeparlamentarierkonferenz in Berlin stattgefunden. Zuvor sei eine Ostseedebatte im Deutschen Bundestag geführt worden. Die Koalitionsfraktionen hätte zwei Anträge, einen sinnvollen und einen weniger sinnvollen, vorgelegt. Auch die Fraktion der FDP habe einen umfassenden Antrag eingebracht, in dem das Thema Munitionsaltlasten aufgegriffen worden sei. Der vorliegende Antrag komme zu spät und sei wirkungslos. Die Fraktion der FDP habe in der letzten sowie in der vorletzten Legislaturperiode Anfragen an die Bundesregierungen gerichtet. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN rücke die Ostsee, die ein Standort für Fischerei und Erlebnistourismus sei, in ein falsches Licht. Hervorzuheben sei, dass es eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe gebe. In den letzten Jahren seien des Weiteren verschiedene Maßnahmen wie Baltic Sea 1996 und Open Spirit 1997 durchgeführt worden. Etwa 400 Minen seien geräumt worden. Aufgrund des Nord Stream Projekts existierten genauere Kenntnisse über den Meeresboden und die Munitionsaltlasten. Vor diesem Hintergrund sei der Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN insgesamt überholt.

Die **Fraktion DIE LINKE**. betonte, das Thema sei nicht aufgearbeitet oder erledigt. Die Landesregierung in Schleswig-Holstein ignoriere das Problem. Von einer Dramatisierung könne überhaupt keine Rede sein. Erforderlich seien gesetzliche Regelungen, denn die Kompetenzen zwischen Land und Bund seien undurchschaubar. Die Bundesrepublik Deutschland habe die Zuständigkeit für die Bergung der Altlasten bestehend in der Munition der Wehrmacht und des alten Kaiserreiches. Der Bund müsse daher handeln. Es müsse schnell gehandelt und ein Programm des Bundes in Absprache mit den Ländern aufgelegt werden. Dabei müsse es sich um ein 10-Jahres-Programm handeln.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erinnerte daran, bei der 1. Lesung im Plenum sei der Eindruck entstanden, die Dringlichkeit des Problems sei allen bewusst. Aus den Reihen der Fraktion der CDU/CSU sei die Bitte und das Angebot geäußert worden, einen gemeinsamen Antrag zu verabschieden. Dieser Ankündigung seien keine Taten gefolgt. Zunehmend würden Munitionsaltlasten an deutsche Strände gespült. Touristen hätten sich beim Bernsteinsammeln an Brandbombenresten verbrannt und 2005 seien durch eine Bombe niederländische Fischer gestorben. Munitionsfunde in einer der befahrensten Wasserstraßen der Welt und zugleich in einem hochsensiblen ökologischen Gebiet stellten eine Gefährdung dar. Diese werde durch den geplanten Bau der Ostseepipeline gesteigert. Im Dezember 2007 habe es eine erste umfangreiche Studie des Meeresbiologen Dr. Stefan Mehring gegeben, der eindringlich darlegt habe, dass Handlungsbedarf bestehe. 700.000 Tonnen Munition und Kampfstoffe lagerten auf den Böden von Nord- und Ostsee. Fischer fänden in ihren Netzen nach Angaben des Umweltgutachtens durchschnittlich 3.000 kg Munitionsrückstände im Jahr. Kartierungen, soweit sie überhaupt vorhanden seien, erlaubten nur bedingt Rückschlüsse auf die tatsächliche Gefährdung einzelner Gebiete ziehen zu können. Durch Meeresströmungen komme es zu teilweise erheblichen Abweichungen zwischen den angegebenen Gefährdungsgebieten und den tatsächlichen Fundstellen. Rund 200 Schiffe – darunter auch Öltanker - passierten täglich die Kadetrinne, in der sich auch ein Wrack eines Kriegsschiffes befinde. Die Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage des Abg. Rainer Steenblock zu den Munitionsaltlasten in der Kadetrinne vom 27. Juni 2008 sei unbefriedigend. Mit dem Hinweis darauf, dass die Kadetrinne innerhalb der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone liege und dort internationales Seerecht gelte, welches die Rechte und Pflichten nicht klar regle, weise die Bundesregierung die Zuständigkeit von sich. Gehe aller-

dings von den Bomben eine Gefahr für die Schifffahrt aus, was zum heutigen Zeitpunkt nicht ausgeschlossen sei, sei die Bundesregierung durch die von ihr geschlossenen internationalen Verträge zwingend zum Handeln verpflichtet. Zu diesem Ergebnis komme eine von Abg. Rainer Steenblock in Auftrag gegebene Untersuchung des wissenschaftlichen Dienstes der Bundestagsverwaltung. Es gelte, die klaren Zuständigkeiten zu benennen und das Hin- und Herschieben von Kompetenzen zu beenden. Ferner sei es an der Zeit, ein Munitionskataster zu schaffen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 16/9103 abzulehnen.

Berlin, den 25. März 2009

Ingbert Liebing
Berichterstatter

Martin Burkert
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Lutz Heilmann
Berichterstatter

Sylvia Kotting-Uhl
Berichterstatterin